

Antrag

auf Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung nach § 34 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz zur Vorlage bei einem staatlichen oder staatlich anerkannten Lehrgang für den Umgang und Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen

im nicht gewerblichen (privaten) Bereich (Vorder-, Wiederladen, Böllern)

1. Angaben zur Person	
Familienname:	
Geburtsname:	
Vorname:	
Geburtsdatum:	
Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit:	
PLZ, Wohnort:	
Straße:	
Telefonischerreichbar:	
Ggf. abweichende Anschrift der letzten 5 Jahre:	
Geburtsname der Mutter:	
Wurde früher bereits ein solcher Antrag gestellt?	
Wenn ja, wann und wo?	
Sind Sie wegen einer Straftat innerhalb der letzten fünf Jahre rechtskräftig verurteilt worden oder wird z. Zt. Ein Ermittlungs- verfahren gegen Sie geführt?	

Ich nehme davon Kenntnis, dass im Rahmen des Verwaltungsverfahrens die Behörde unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister und ggf. aus dem Gewerbezentralregister einholt sowie die zuständige Polizeidienststelle darüber hört, ob gegen den Antragsteller ein Ermittlungsverfahren wegen einer Straftat anhängig ist oder ob Anhaltspunkte für eine Geschäftsunfähigkeit, eine beschränkte Geschäftsfähigkeit, eine Suchtkrankheit, eine Geisteskrankheit oder –schwäche vorliegen.

Datum: _____

Unterschrift: _____